

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Einleitung	1
<i>Teil 1: Der Ersatz immaterieller Schäden – eine kritische Bestandsaufnahme</i>	
§ 1 Der Ersatz immaterieller Schäden im geltenden Recht – Terminologie, Begriff und normative Vorgaben	11
§ 2 Die Abhängigkeit der Kompensation immaterieller Schäden vom verletzten Rechtsgut	60
§ 3 Die Funktion des Entschädigungsanspruchs	148
§ 4 Die Höhe des Entschädigungsanspruchs bei immateriellen Schäden	220
§ 5 Zusammenfassung des ersten Teils	281
<i>Teil 2: Der Ersatz immaterieller Schäden im Kontext der ausländischen und internationalen Rechtsordnungen</i>	
§ 6 Der Ersatz immaterieller Schäden im Rechtsvergleich	287
§ 7 Der Ersatz immaterieller Schäden in der internationalen Rechtsvereinheitlichung	391
§ 8 Die Vorgaben des Unionsrechts für den Ersatz immaterieller Schäden	424
§ 9 Die Europäisierung des Schadensersatzrechts und der Ersatz immaterieller Schäden	470
§ 10 Zusammenfassung des zweiten Teils	516
<i>Teil 3: Der Ersatz immaterieller Schäden – Wiedergutmachung nicht vermögenswerter Einbußen</i>	
§ 11 Der Begriff des immateriellen Schadens	523
§ 12 Die Wiedergutmachung immaterieller Schäden	566

§ 13 Die Bemessung der Entschädigung zur Wiedergutmachung	607
§ 14 Die Erweiterung der Ersatzfähigkeit immaterieller Schäden	628
§ 15 Zusammenfassung des dritten Teils	669
<i>Teil 4: Die Entschädigung von Nichtvermögensschäden</i>	
<i>zwischen Wiedergutmachung, Prävention und</i>	
<i>Privatstrafe</i>	673
§ 16 Der Entschädigungsanspruch – Wiedergutmachung, Privatstrafe oder Anspruch mit selbständiger Präventionsfunktion	673
§ 17 Die Anerkennung vermögensrechtlicher Bestandteile des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und deren Folgen für den Ersatz immaterieller Schäden	736
§ 18 Überkompensatorische Entschädigung immaterieller Einbußen de lege lata und de lege ferenda	795
§ 19 Zusammenfassung des vierten Teils	875
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	879
Literaturverzeichnis	891
Stichwortverzeichnis	965

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Einleitung	1

Teil 1

Der Ersatz immaterieller Schäden – eine kritische Bestandsaufnahme

11

§ 1 Der Ersatz immaterieller Schäden im geltenden Recht – Terminologie, Begriff und normative Vorgaben	11
A. Zur Terminologie und ihren Unstimmigkeiten	11
I. Einordnung in die Begriffszusammenhänge des Schadensersatzrechts	11
II. „Schmerzensgeld“ – so gebräuchlich wie unpassend	13
B. Die normativen Vorgaben für den Ersatz immaterieller Schäden	15
I. Überblick über den Ersatz immaterieller Schäden und seine Entwicklung	15
II. Die Abhängigkeit des Ersatzes immaterieller Einbußen vom Haftungsgrund	22
1. Zur Bedeutung des Haftungsgrundes für den Ersatz immaterieller Schäden	22
2. Besonderheiten der vertraglichen Haftung für immaterielle Schäden	24
a) Haftungsausfüllende Kausalität und Zurechnung entsprechend der Pflichtverletzung	24
b) Verschuldensunabhängige vertragliche Haftung und Ausgleich immaterieller Schäden	26
III. Der Ersatz immaterieller Schäden durch Naturalrestitution und Kompensation in Geld	28
IV. Zusammenfassung	32

C. Die Abgrenzung zwischen materiellen und immateriellen Schäden	33
I. Negative Abgrenzung der immateriellen Schäden	33
1. Der Nichtvermögensschaden als Komplementär- begriff zum Vermögensschaden	33
2. Erweiterung des Schadensersatzes durch die Kommerzialisierung immaterieller Schäden	35
a) Entgangene Nutzungen	35
b) Verdorbener Urlaub und verlorene Freizeit	39
c) Arbeitskraft	41
d) Zusammenfassung	44
3. Erweiterung des § 842 BGB auf den Ausgleich von subjektiv-wirtschaftlichen Schäden	45
4. Zusammenfassung	46
II. Positive Abgrenzung der immateriellen Schäden	47
1. Ausrichtung des Nichtvermögensschadens am subjektiv erlittenen Schmerz	47
2. Erweiterung der Nichtvermögensschäden durch die Anerkennung sog. Per-se-Schäden	51
3. Gleichsetzung von Rechtsgutsverletzung und Nichtvermögensschaden bei Persönlichkeits- verletzungen	53
4. Positive Beschreibung des Nichtvermögensschadens durch Bender	54
5. Einbeziehung der schwer bezifferbaren Schäden in den Kreis der immateriellen Schäden	56
D. Zusammenfassung	58
§ 2 Die Abhängigkeit der Kompensation immaterieller Schäden vom verletzten Rechtsgut	60
A. Der Ausgleich immaterieller Schäden infolge der Verletzung eines personenbezogenen Rechtsguts	61
I. Entschädigung beim Tod des Geschädigten	61
1. Keine Entschädigung für den Tod oder die Verkürzung der Lebenserwartung	61
2. Entschädigung der Trauer von Angehörigen als Drittschaden	63
3. Ausgleich von Schockschäden als mittelbare Schäden	66
4. Bedeutung der Entschädigung von Körper- verletzungen und Gesundheitsbeschädigungen beim alsbaldigen Tod des Verletzten	70

II. Immaterielle Schäden infolge von Körperverletzungen und Gesundheitsbeschädigungen	72
III. Immaterielle Schäden infolge von Freiheitsentziehung	74
IV. Immaterielle Schäden infolge von Verletzungen der sexuellen Selbstbestimmung	75
V. Immaterielle Schäden infolge der Verletzung von Immaterialgüterrechten	77
1. Ausgleich immaterieller Schäden nach § 97 Abs. 2 S. 4 UrhG	77
2. Ausgleich immaterieller Einbußen bei der Verletzung sonstiger Immaterialgüterrechte	81
VI. Entschädigung von Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	82
1. Deliktische Haftung für immaterielle Schäden infolge von Persönlichkeitsverletzungen	82
a) Zur Entwicklung des Entschädigungsanspruchs	82
b) Voraussetzungen für die Entschädigung immaterieller Einbußen	88
2. Vertragliche Haftung für immaterielle Einbußen bei Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	92
3. Sonderfall: Entschädigung wegen der Verletzung des Datenschutzrechts	96
VII. (Keine) Entschädigung von Verletzungen des postmortalen Persönlichkeitsrechts	98
1. Entschädigung bei Verletzungen des postmortalen Persönlichkeitsrechts	98
2. Entschädigung bei Verletzungen des Urheberpersönlichkeitsrechts nach dem Tod des Rechtsinhabers	102
B. Immaterielle Schäden infolge der Verletzung eines Vermögensgutes	104
I. Entschädigung von Affektionsinteressen infolge von Eigentumsverletzungen	104
II. Ausgleich immaterieller Schäden nach § 906 Abs. 2 S. 2 BGB	105
C. Ersatzfähigkeit immaterieller Schäden unabhängig von der Rechtsgutsverletzung	107
I. Erweiterung der vertraglichen Haftung auf immaterielle Schäden unabhängig von der Rechtsgutsverletzung	107
II. Erweiterung der Entschädigung immaterieller Einbußen durch § 284 BGB	114

III. Entschädigung nutzlos aufgewandter Urlaubszeit nach § 651f Abs. 2 BGB	116
1. Gewährung einer angemessenen Entschädigung nach § 651f Abs. 2 BGB	116
2. Rechtsfortbildung des § 651f Abs. 2 BGB	117
IV. Entschädigung verlorener Freizeit im Transportrecht	119
V. Abfindungsansprüche der Arbeitnehmer nach den §§ 9, 10 KSchG, § 113 Abs. 1, 3 BetrVG	123
VI. Entschädigung nach § 40 Abs. 3 SeemG (sog. Hungergeld)	125
VII. Ausgleich immaterieller Schäden infolge von Benachteiligungen nach dem AGG	126
1. Überblick über die historische Entwicklung des Ausgleichs immaterieller Schäden bei unzulässigen Benachteiligungen	126
2. Ausgleich immaterieller Schäden nach dem AGG	133
a) Überblick über die Haftung nach den §§ 15 Abs. 2, 21 Abs. 2 S. 3 AGG	133
b) Verschuldensunabhängigkeit der Haftung für immaterielle Schäden	135
c) Unabhängigkeit der Haftung von der Schwere der Persönlichkeitsverletzung	141
d) Unabhängigkeit der Haftung vom Zweckfortfall	143
e) Weitere Entschädigungsansprüche wegen unzulässiger Benachteiligung	144
D. Zusammenfassung	146
§ 3 Die Funktion des Entschädigungsanspruchs	148
A. Überblick	148
B. Ausgleichsfunktion	150
I. Der Ausgleichsgedanke bei der Entschädigung immaterieller Schäden	150
II. Subjektiver Schadensbegriff	154
III. Schadensausgleich bei empfindungsunfähigen Geschädigten	155
IV. Objektiver Schadensbegriff oder objektive Bewertung des Schadens	158
1. Objektiver Schadensbegriff beim Ausgleich immaterieller Schäden	158
2. Objektive Bewertung des Schadens	161

V. Anwendbarkeit und Grenzen der Ausgleichsfunktion bei der Entschädigung unzulässiger Benachteiligungen nach dem AGG	163
1. Ausgleich eines konkreten Schadens	163
2. Immaterieller Schaden infolge einer Benachteiligung	167
a) Ideeller Schaden infolge der Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	167
b) Immaterieller Schaden wegen der Beeinträchtigung der Chancengleichheit	170
3. Keine Entschädigung bei professionellen Diskriminierungsklägern	174
VI. Zusammenfassung	177
C. Überwindungstheorie	178
D. Genugtuungsfunktion	180
I. Einordnung der Genugtuungsfunktion in die Zwecke des Schadensausgleichs	180
II. Genugtuung als ergänzender Aspekt beim Ausgleich ideeller Schäden	181
III. Genugtuung als eigenständige Funktion des Schadensersatzrechts	184
IV. Ablehnung der Genugtuungsfunktion	186
V. Bedeutung der Genugtuungsfunktion in den Teilbereichen des Ausgleichs ideeller Schäden	189
VI. Zusammenfassung	193
E. Feststellung des Rechtsbruchs und Schadensersatz	193
F. Präventionsfunktion der Entschädigung immaterieller Einbußen	196
I. Überblick	196
II. Präventionsfunktion der Entschädigung nach § 253 Abs. 2 BGB und den Gesetzen zur Gefährdungshaftung	197
III. Präventionsfunktion des Entschädigungsanspruchs wegen der Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	200
IV. Präventionsfunktion des Entschädigungsanspruchs nach den §§ 15 Abs. 2, 21 Abs. 2 S. 3 AGG	207
1. (Un-)Selbständige Präventionsfunktion	207
2. Straffunktion	213
V. Zusammenfassung	215
G. Einwirken des Haftungsgrunds auf die Funktion des Entschädigungsanspruchs	216
H. Zusammenfassung	218

§ 4 Die Höhe des Entschädigungsanspruchs bei immateriellen Schäden	220
A. Inkommensurable Schäden und ihre billige Entschädigung in Geld	220
I. Der Billigkeitsbegriff in den Regelungen zur Entschädigung immaterieller Einbußen	220
II. Entschädigung inkommensurabler Schäden in Geld	223
III. Einfluss des Haftungsgrundes auf den Umfang der Entschädigung	226
B. Begrenzung der Entschädigung	230
I. Bestehen einer Erheblichkeitsschwelle bei der Entschädigung immaterieller Einbußen	230
II. Haftungshöchstbeträge für die Entschädigung immaterieller Einbußen	233
C. Kriterien für die Bemessung der Entschädigung	234
I. Ausgangspunkt für die Bemessung der Entschädigung	234
II. Umfang des Verletzungs- und des Verletzungsfolgeschadens	237
1. Schmerzen und Leiden des Geschädigten	237
2. Einbußen in der Lebensführung	237
III. Umstände in der Person des Geschädigten	239
1. Schadensneigung des Geschädigten	239
2. Empfindungsunfähigkeit des Geschädigten	241
3. Schädigung eines Familienangehörigen bzw. Verwandten	242
4. Mitverschulden des Geschädigten und Anlass des Schadensfalls	243
5. Vermögensverhältnisse des Geschädigten	245
IV. Umstände in der Person des Schädigers	246
1. Vermögensverhältnisse und Versicherung des Schädigers	246
2. Verschulden des Schädigers	249
3. Teilweise Naturalrestitution (insbesondere Entschuldigung des Schädigers)	251
V. Versicherbarkeit der Schäden	252
VI. Anrechnung von Kriminalstrafen und Auflagen auf den Schadensersatz	253
VII. Verzögerte Schadensregulierung des Schädigers oder seiner Versicherung	255
VIII. Zusammenfassung	259

D. Besonderheiten bei der Entschädigung immaterieller Einbußen wegen schwerer Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	260
I. Bemessung der Entschädigung	260
II. Der divergierende Umfang der Entschädigung im Vergleich zu Verletzungen von Körper, Gesundheit und sexueller Selbstbestimmung	266
E. Besonderheiten bei der Entschädigung immaterieller Einbußen unabhängig von einer Rechtsgutsverletzung . . .	268
I. Entschädigung immaterieller Einbußen unabhängig von einer Rechtsgutsverletzung	268
II. Entschädigung immaterieller Einbußen infolge einer unzulässigen Benachteiligung nach dem AGG	270
1. Erheblichkeitsschwellen und Höchstbeträge für die Entschädigung immaterieller Einbußen	270
2. Bemessung der angemessenen Entschädigung . . .	273
a) Kriterien zur Bemessung der Entschädigung . .	273
b) Zur Orientierung der Entschädigung am Monatseinkommen der benachteiligten Person	278
F. Zusammenfassung	280
§ 5 Zusammenfassung des ersten Teils	281

Teil 2

Der Ersatz immaterieller Schäden im Kontext der ausländischen und internationalen Rechtsordnungen 287

§ 6 Der Ersatz immaterieller Schäden im Rechtsvergleich	287
A. Rechtsvergleich im Schadensersatzrecht – Wettbewerb der Rechtsordnungen, Konvergenz der Rechtssysteme . . .	287
B. Überblick über den Ersatz immaterieller Schäden	289
I. Österreich	289
II. Schweiz	294
III. Frankreich	296
IV. England	300
C. Funktion der Entschädigung immaterieller Einbußen	301
I. Ausgleichsfunktion	301
II. Genugtuungsfunktion	303
III. Symbolischer bzw. feststellender Schadensersatz . . .	305

IV. Präventionsfunktion	306
V. Strafschadensersatz	307
1. Strafschadensersatz in Österreich, der Schweiz und Frankreich	307
a) Zum pönalen Charakter der Entschädigung . . .	307
b) <i>L'astreinte</i>	310
2. Strafschadensersatz im englischen Recht (<i>exemplary damages</i>)	312
3. Strafschadensersatz in den USA	315
a) <i>Punitive damages</i>	315
b) <i>Multiple</i> bzw. <i>treble damages</i>	322
D. Bemessung der kompensatorischen Entschädigung	323
I. Überblick	323
II. Österreich	324
III. Frankreich	325
IV. England	326
V. Schweiz	327
E. Ersatz immaterieller Schäden in einzelnen Teilbereichen . .	329
I. Ersatz immaterieller Schäden beim Todesfall	329
1. Entschädigung für den Tod selbst	329
2. Körperverletzungen kurz vor dem Tod	331
3. Entschädigung der Angehörigen für Trauer und Schock	331
a) Entschädigung von Trauerschäden	331
aa) Schweiz	331
bb) Frankreich	332
cc) England	334
dd) Österreich	334
b) Eigenständiger Ausgleich von Schockschäden . .	336
II. Immaterielle Schäden infolge von Körperverletzungen	338
1. Österreich	338
2. Schweiz	339
3. Frankreich	340
a) Überblick	340
b) Schadenspositionen beim Ausgleich immaterieller Personenschäden	343
4. England	346
5. Trauerschäden bei schweren Körperverletzungen	348
III. Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts . .	350
1. Schweiz	350

2. Österreich	352
3. Frankreich	356
4. England	362
a) Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts . . .	362
b) Einzelne Schadenspositionen bei <i>non-personal injuries</i> und deren Entschädigung	364
c) <i>Restitutionary damages</i>	367
IV. Ersatz immaterieller Schäden wegen einer Diskriminierung	369
1. Österreich	369
2. Schweiz	371
3. Frankreich	374
4. England	376
F. Vergleichende Zusammenfassung und Schlussfolgerungen . .	378
I. Ersatzfähigkeit immaterieller Schäden	378
1. Überblick	378
2. Immaterielle Schäden bei Todesfällen und Körperverletzungen	380
3. Immaterielle Schäden infolge von Persönlichkeitsverletzungen	381
4. Immaterielle Schäden infolge von Diskriminierungen	384
II. Begriff des immateriellen Schadens	385
III. Zweck des Schadensersatzes	387
IV. Bemessung des Schadensersatzes	390
§ 7 Der Ersatz immaterieller Schäden in der internationalen Rechtsvereinheitlichung	391
A. Zur verbindlichen Rechtsvereinheitlichung des Ausgleichs immaterieller Schäden durch völkerrechtliche Verträge . . .	391
I. Überblick über die für Deutschland verbindlichen völkerrechtlichen Verträge zum Ersatz immaterieller Schäden	391
II. Ausgleich immaterieller Schäden nach dem Internationalen Transportrecht	393
III. Ausgleich immaterieller Schäden nach dem UN-Kaufrecht	395
IV. Zusammenfassung	397
B. Internationale Vorhaben zur Rechtsvereinheitlichung und der Ersatz immaterieller Schäden	397
C. Notwendigkeit einer Rechtsvereinheitlichung nach Maßgabe der EMRK	400

I. Rechtsvereinheitlichende Wirkung der EMRK für den Ausgleich immaterieller Schäden	400
II. Vorgaben der EMRK für den Ausgleich der Trauerschäden von Angehörigen	404
1. Reichweite und Intensität der Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 1 EMRK	404
2. Ableitung und Inhalt einer Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 1 EMRK i. V. mit Art. 13 EMRK	406
3. Art. 13 EMRK als Garantie effektiven Rechtsschutzes	409
4. Vorbildwirkung der Entschädigung nach Art. 41 EMRK	411
5. Zulässige Ungleichbehandlung der Haftung des Staates und der Privatpersonen	413
III. Vorgaben der EMRK für den Umfang der Entschädigung bei Persönlichkeitsverletzungen	414
IV. Zusammenfassung	420
D. Zur Resolution des Ministerkomitees des Europarates 75-7 über den Schadensausgleich bei Personenschäden und Todesfällen	421
E. Zusammenfassung	423
§ 8 Die Vorgaben des Unionsrechts für den Ersatz immaterieller Schäden	424
A. Vorgaben des Primärrechts der Europäischen Union	424
I. Allgemeine Vorgaben des Primärrechts für den Ersatz immaterieller Schäden zwischen Privaten	424
II. Europäisches Staatshaftungsrecht	430
B. Vorgaben des Sekundärrechts der Europäischen Union	435
I. Vorgaben aus den Richtlinien zur Harmonisierung innerhalb des Vertragsrechts.	435
1. Überblick über die Vorgaben zum Schadensausgleich	435
2. Zum Ersatz immaterieller Schäden nach Art. 5 Abs. 2 Richtlinie 90/314/EWG	438
II. Vorgaben aus den Richtlinien zur deliktischen Haftung	441
1. Überblick über die Vorgaben zum Schadensausgleich	441
2. Zum Schadensersatz nach der Richtlinie 2004/48/EG	442
a) Einbeziehung der immateriellen Schäden	442

b) Selbständige Präventionsfunktion oder Strafffunktion des Schadensersatzes	443
3. Berücksichtigung des Strafschadensersatzes in der Rom-II-Verordnung	449
III. Vorgaben aus den Richtlinien zum Gleichbehandlungsrecht	451
1. Entwicklung der Sanktionsbestimmungen in den Richtlinien zum Gleichbehandlungsrecht . . .	451
2. Angemessener Schadensausgleich als hinreichende Sanktion	457
3. Auswirkungen des richtlinienwidrigen Schadens- ersatzanspruchs für materielle Schäden	462
C. Zusammenfassende Ableitung allgemeiner Grundsätze zum Ersatz immaterieller Schäden aus dem Unionsrecht . .	464
I. Ersatzfähigkeit immaterieller Schäden nach dem Unionsrecht	464
II. Begriff des immateriellen Schadens im Unionsrecht . .	466
III. Funktion des Schadensersatzes	466
1. Ausgleichsfunktion	466
2. Selbständige Präventionsfunktion und Strafschadensersatz	467
a) Primärrechtliche Vorgaben	467
b) Sekundärrechtliche Vorgaben	468
§ 9 Die Europäisierung des Schadensersatzrechts und der Ersatz immaterieller Schäden	470
A. Initiativen zur Entwicklung eines europäischen Privatrechts	470
I. Entwicklung bis zum Aktionsplan der Europäischen Kommission	470
II. Vom Aktionsplan der Kommission zum Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens	472
B. Ausgleich immaterieller Schäden nach den Entwürfen für ein europäisches Vertragsrecht	477
C. Ausgleich immaterieller Schäden nach den Entwürfen für ein europäisches Deliktsrecht	482
I. Regelungen zum Ausgleich immaterieller Schäden in den <i>Principles of European Tort Law</i>	482
II. Ersatz immaterieller Schäden nach den <i>Principles on European Law</i> und dem Entwurf eines DCFR	489
1. Außervertragliche Haftung in den <i>Principles on European Law</i> und im Entwurf des DCFR . . .	489

2. Vermögensschaden, Nichtvermögensschaden und Schaden per se	491
3. Ersatzfähige Schäden im außervertraglichen Haftungsrecht	495
a) Übersicht über die Regelungen des DCFR	495
b) Ausgleich immaterieller Einbußen infolge von Personenschäden und im Todesfall	497
c) Ersatz immaterieller Schäden bei Persönlichkeitsverletzungen	499
d) Ersatz immaterieller Schäden unabhängig von der Verletzung personenbezogener Rechtsgüter	501
4. Ausgleich der immateriellen Schäden sowie der <i>injury as such</i>	502
5. Abschöpfungsanspruch	505
D. Entwürfe für den Ausgleich immaterieller Schäden bei Diskriminierungen	508
E. Zusammenfassung und zum Einfluss der Europäisierung auf die Weiterentwicklung des Ersatzes immaterieller Schäden im nationalen Recht	512
§ 10 Zusammenfassung des zweiten Teils	516

Teil 3

Der Ersatz immaterieller Schäden – Wiedergutmachung nicht vermögenswerter Einbußen 523

§ 11 Der Begriff des immateriellen Schadens	523
A. Der immaterielle Schaden als Rechtsbegriff	523
B. Keine Begrenzung des immateriellen Schadens auf den Gefühlsschaden	526
I. Historische Grundlagen für die Begrenzung des Ausgleichs immaterieller Schäden auf den Gefühlsschaden	526
II. Erweiterung der positiven Beschreibung des ersatzfähigen immateriellen Schadens	530
1. Immaterielle Schäden infolge der Verletzung eines personenbezogenen Rechtsguts	530
2. Immaterielle Schäden in anderen Fällen	535

C. Immaterieller Schaden – Neuausrichtung der positiven	
Beschreibung	537
I. Positive Beschreibung der Einbuße an Interesse ohne	
Vermögenswert	537
1. Systematische Erfassung der immateriellen Schäden	
als Grundlage ihrer positiven Beschreibung	537
2. Zulässiges Anknüpfen an der Selbstentfaltungs-	
freiheit	542
3. Bedeutung der Gefühlsschäden	547
II. Beschreibung der ersatzfähigen immateriellen Schäden	
nach geltendem Recht	549
1. Immaterielle Schäden infolge einer Körperver-	
letzung oder Gesundheitsbeschädigung	549
2. Immaterielle Schäden infolge einer	
Freiheitsberaubung	552
3. Immaterielle Schäden infolge einer Verletzung	
der sexuellen Selbstbestimmung	552
4. Immaterielle Schäden infolge einer Verletzung	
des (ideellen) allgemeinen Persönlichkeitsrechts	
und des Urheberpersönlichkeitsrechts	553
5. Immaterielle Schäden infolge einer	
Diskriminierung	554
a) Beeinträchtigung der Chancengleichheit als	
immaterieller Schaden	554
b) Immaterielle Schäden bei den unterschiedlichen	
Formen von Benachteiligungen	556
6. Immaterielle Schäden infolge einer vertraglichen	
Pflichtverletzung (ohne Berücksichtigung	
des AGG)	557
III. Ablehnung des Rückgriffs auf den sog. objektiven	
Schadensbegriff	558
D. Verallgemeinerbarkeit des Begriffs für ein europäisches	
Schadensersatzrecht	559
I. Verallgemeinerbarkeit des Begriffs für ein	
Europäisches Privatrecht	559
II. Grundlage für den Begriff des ideellen Schadens im	
Europäischen Privatrecht	561
E. Zusammenfassung	565
§ 12 Die Wiedergutmachung immaterieller Schäden	566
A. Ausgleich und Genugtuung immaterieller Schäden –	
Defizite der historisch gewachsenen Funktionsbeschreibung	566

B. Entschädigung immaterieller Einbußen	
trotz Inkommensurabilität	569
I. Geldzahlung für einen Schaden ohne Marktwert . . .	569
1. Gleichsetzung der Geldzahlung mit dem ideellen Schaden	569
2. Geldzahlung für immaterielle Schäden	572
II. Ersatz immaterieller Schäden in Geld als Gebot materieller Gerechtigkeit	578
1. Historische Entwicklung des Schadensausgleichs als Verwirklichung ausgleichender Gerechtigkeit	578
2. Anwendbarkeit des Gedankens der ausgleichenden Gerechtigkeit auf die Entschädigung von Nichtvermögensschäden	582
a) Begründung des Ersatzes immaterieller Schäden mit der materiellen Gerechtigkeit im US-amerikanischen Recht	582
b) Ersatz immaterieller Schäden als Ausdruck ausgleichender Gerechtigkeit im deutschen Recht	585
III. Entschädigung immaterieller Einbußen als Reaktion der Rechtsordnung auf enttäuschte Verhaltenserwartungen	590
IV. Entschädigung immaterieller Einbußen – ein Gebot der Kohärenz	592
C. Entschädigung immaterieller Einbußen – Wiedergutmachung durch Geld	597
I. Wiedergutmachung – Funktion des Schadensersatzanspruchs	597
II. Sonderrolle der Entschädigung bei Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	601
III. Keine Genugtuungsfunktion bei Vorsatztaten	604
D. Zusammenfassung	606
§ 13 Die Bemessung der Entschädigung zur Wiedergutmachung . .	607
A. Festsetzung der Entschädigung	607
I. Ausrichtung am konkreten Schaden und objektivierende Schadensbetrachtung	607
1. Vorgehensweise bei der Ermittlung des Schadens .	607
2. Zulässige Kriterien für die Bemessung der Entschädigung zur Wiedergutmachung	609
3. Keine selbständigen Schadenspositionen	611

II. Vergleichende Betrachtung der	
Entschädigungsbeträge	612
1. Gleichbehandlung vergleichbarer Schadensfälle . .	612
2. Angemessene Relation zwischen den	
Schadensfällen	612
3. Abweichen von der Entschädigung in vergleichbaren	
Schadensfällen	615
B. Begrenzung der Entschädigung	620
I. Erheblichkeitsschwelle	620
1. Erheblichkeitsschwelle bei der Entschädigung	
von Nichtvermögensschäden	620
2. Erweiterung der Erheblichkeitsschwelle auf	
alle Schäden	621
II. Beschränkung der Höhe der Entschädigung	623
1. Einwirkung der EMRK	623
2. Beschränkung der Entschädigung von Nichtver-	
mögensschäden durch den Grundsatz der	
Verhältnismäßigkeit	625
C. Zusammenfassung	627
§ 14 Die Erweiterung der Ersatzfähigkeit immaterieller Schäden . .	628
A. Keine vollständige Gleichstellung des Ausgleichs materieller	
und immaterieller Schäden	628
B. Konzeption für die Erweiterung der Entschädigung	
von Nichtvermögensschäden	634
I. Fallgruppenbildung	634
II. Streichung des § 253 Abs. 1 BGB	635
C. Ergänzungen der Rechtsordnung de lege ferenda	637
I. Erweiterung der Entschädigung immaterieller Schäden	
auf weitere Rechtsgutsverletzungen	637
1. Kein Ersatz des Todes eines Menschen selbst . . .	637
2. Verletzung des allgemeinen und postmortalen	
Persönlichkeitsrechts	639
a) Verletzung des allgemeinen	
Persönlichkeitsrechts	639
b) Verletzung des postmortalen	
Persönlichkeitsrechts	642
3. Verletzte Affektionsinteressen bei	
Eigentumsverletzungen	644
II. Erweiterung der Ersatzfähigkeit immaterieller Schäden	
unabhängig von der Rechtsgutsverletzung	645

1. Ersatz von Trauerschäden für Angehörige	645
a) Entschädigung von Trauerschäden bei Todesfällen bzw. schweren Körperverletzungen	645
b) Anspruchsberechtigter Personenkreis	649
c) Bemessung der Entschädigung	652
2. Todesangst	653
3. Erweiterung der Ersatzfähigkeit immaterieller Schäden bei vertraglicher Haftung	654
a) Ersatz verlorener Heilungschancen	654
b) Entschädigung von Nichtvermögensschäden infolge vertraglicher Pflichtverletzungen	657
D. Ausschluss des Ausgleichs immaterieller Schäden	660
E. Zusammenfassung	668
§ 15 Zusammenfassung des dritten Teils	669

Teil 4

Die Entschädigung von Nichtvermögensschäden zwischen Wiedergutmachung, Prävention und Privatstrafe 673

§ 16 Der Entschädigungsanspruch – Wiedergutmachung, Privatstrafe oder Anspruch mit selbständiger Präventionsfunktion	673
A. Einführung	673
B. Sanktion, Buße, Privatstrafe und Prävention – eine begriffliche Klärung	675
I. Sanktion – Reaktion der Rechtsordnung auf den Normverstoß	675
II. Strafrechtliche Buße und zivilrechtliche Privatstrafe	677
1. Schadensersatz und Privatstrafe	677
2. Buße – ein überholtes Element der Rechtsordnung	681
III. Schadensersatz und Prävention	682
IV. Zusammenfassung	688
C. Rechtliche Qualifikation des Entschädigungsanspruchs für ideelle Einbußen	688
I. Zur Bedeutung der rechtlichen Qualifikation des Entschädigungsanspruchs	688
II. Zur uneinheitlichen Entwicklung des Ausgleichs immaterieller Schäden und den Folgen für die rechtliche Qualifikation des Entschädigungsanspruchs	689

1. Keine Privatstrafe	689
2. Schadensersatzanspruch oder Anspruch eigener Art	694
3. § 253 Abs. 2 BGB als Rechtsfolgenbestimmung	696
III. Entschädigung wegen einer Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	697
IV. Entschädigung wegen einer ungerechtfertigten Benachteiligung	701
1. Zur Rechtsnatur der Entschädigungsansprüche aus § 611a BGB a. F. und § 81 Abs. 2 Nr. 2 SGB IX a. F.	701
2. Entschädigungsansprüche nach den §§ 15 Abs. 2, 21 Abs. 2 S. 3 AGG	704
a) Keine Privatstrafe und kein Anspruch eigener Art	704
b) Selbständige Präventionsfunktion und überkompensatorische Entschädigung	705
V. Weitere Entschädigungsansprüche wegen Vertragsverletzungen unabhängig von der Rechtsgutsverletzung	707
VI. Zusammenfassung	708
D. Ersatz immaterieller Schäden im Kontext der Entwicklung des Strafrechts und des Privatrechts	709
I. Schadensausgleich im Spiegel des Strafrechts	709
1. Vorschläge zur Entkriminalisierung – Verlagerung von Sanktionen ins Privatrecht	709
2. Wiedergutmachung als Form des Opferschutzes im Strafverfahren	711
II. Pönale Elemente im Zivilrecht	720
III. Anerkennung einer allgemeinen Präventionsfunktion des Schadensersatzrechts	723
1. Schadensersatzansprüche mit selbständiger Präventionsfunktion	723
2. Begründung einer Präventionsfunktion für das gesamte Schadensersatzrecht	727
3. Beschränkung einer Präventionsfunktion auf einzelne Teilbereiche	730
IV. Zusammenfassung	734
E. Zusammenfassung	735

§ 17 Die Anerkennung vermögensrechtlicher Bestandteile des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und deren Folgen für den Ersatz immaterieller Schäden	736
A. Wechselverhältnis zwischen der Anerkennung vermögens- rechtlicher Bestandteile des allgemeinen Persönlichkeits- rechts und dem Ersatz immaterieller Schäden	736
B. Anerkennung vermögensrechtlicher Bestandteile des Persönlichkeitsrechts	738
I. Zur Anerkennung der vermögensrechtlichen Bestandteile des allgemeinen Persönlichkeitsrechts . . .	738
II. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht – Einheit aus Abwehr- und Verwertungsrecht	744
C. Abgrenzung der vermögensrechtlichen Bestandteile des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	749
I. Verwertungsbereitschaft des Rechtsinhabers	749
II. Persönlichkeitsgüter	751
III. Beschränkung auf typischerweise rechtswidrige Persönlichkeitsverletzungen	753
IV. Verwertbarkeit des Persönlichkeitsbestandteils durch den Rechtsinhaber	754
V. Anerkennung vermögensrechtlicher Bestandteile unabhängig vom Bekanntheitsgrad	759
VI. Gesetzes- und sittenwidrige Nutzung von Persönlichkeitsbestandteilen	761
D. Rechtsfolgen der Verletzung vermögensrechtlicher Bestandteile des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	765
I. Anspruch auf Schadensersatz aus deliktischer Haftung	765
1. Bestehen eines Anspruchs auf Ersatz des Vermögensschadens	765
2. Berechnung des Vermögensschadens	768
II. Anspruch aus Eingriffskondiktion	771
1. Anspruch auf die übliche Lizenzgebühr	771
2. Verschärfte Bereicherungshaftung (§§ 819 Abs. 1, 818 Abs. 4, 292, 285 BGB)	775
III. Anspruch auf Gewinnherausgabe aus angemaßter Eigengeschäftsführung	776
E. Kein Aufrechterhalten der selbständigen Präventionsfunktion des Entschädigungsanspruchs wegen immaterieller Schäden	778

F. Nebeneinander von vermögensrechtlichen Ansprüchen und Entschädigungsansprüchen wegen immaterieller Schäden bei Persönlichkeitsverletzungen	782
I. Zum Verhältnis der Ansprüche wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	782
II. Ersatz immaterieller Schäden infolge einer schweren Persönlichkeitsverletzung	784
1. Immaterielle Schäden bei der Verletzung vermögensrechtlicher Bestandteile des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	784
2. Immaterielle Schäden infolge der Verletzung ideeller Bestandteile des allgemeinen Persönlichkeitsrechts im Zusammenhang mit der unerlaubten Nutzung von Persönlichkeitsbestandteilen	788
III. Subsidiarität des Entschädigungsanspruchs aus § 823 Abs. 1 BGB i. V. mit Art. 2 Abs. 1, 1 Abs. 1 GG	790
IV. Anspruchskonkurrenzen	791
G. Zusammenfassung	793
§ 18 Überkompensatorische Entschädigung immaterieller Einbußen de lege lata und de lege ferenda	795
A. Würdigung der Ableitung einer selbständigen Präventionsfunktion des Schadensersatzes	795
I. Ableitung der Präventionsfunktion anhand der Entschädigung von Nichtvermögensschäden	795
II. Ableitung der Präventionsfunktion anhand der Sanktionen des Immaterialgüterrechts und des gewerblichen Rechtsschutzes	797
1. Dreifache Schadensberechnung	797
2. Sonderfall: Die GEMA-Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	802
III. Ableitung der Präventionsfunktion anhand der wettbewerbsrechtlichen Sanktionen	805
1. Schadensersatzansprüche nach § 9 UWG und § 33 GWB	805
2. Vorgaben des EU-Kartellrechts für die Sanktion des Rechtsverstoßes	808
3. Gewinnabschöpfung nach § 10 UWG und den §§ 34, 34a GWB	810
4. § 241a BGB und § 661a BGB	812
IV. Zusammenfassung und Bewertung	812

B. Keine Verpflichtung zur Einführung einer Privatstrafe . . .	816
I. Vorgaben aus dem europäischen Primär- und Sekundärrecht	816
II. Vorgaben durch das Schutzgebot der Grundrechte . .	818
1. Voraussetzungen für die Ableitung einer Schutzpflicht aus den Freiheitsrechten	818
2. Schutzpflicht wegen der Verletzung von Körper, Gesundheit und sexueller Selbstbestimmung	820
a) Erfüllung der Schutzpflicht bei Vorsatztaten . .	820
b) Kein zusätzlicher Schutz bei Vergewaltigungsfällen	822
c) Organhandel	824
3. Schutzpflicht wegen der Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	825
4. Schutzpflicht wegen unzulässiger Benachteiligung i. S. des AGG	830
5. Zusammenfassung und Folgerungen	833
C. Vereinbarkeit der Privatstrafe mit der Funktion des Privatrechts	833
I. Vereinbarkeit von Privatstrafe und Privatrecht	833
1. (Kein) Konflikt mit der Trennung von Zivil- und Strafrecht	833
2. Vereinbarkeit mit dem Begriff des Schuldverhältnisses	843
II. Vereinbarkeit des überkompensatorischen Schadens- ersatzes mit dem Schadensersatzrecht	847
III. Gewinnabschöpfung als Form der Privatstrafe	851
IV. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Ausgestaltung einer Privatstrafe	854
1. Vereinbarkeit mit Art. 103 Abs. 2 GG	854
2. Vereinbarkeit mit Art. 103 Abs. 3 GG	855
3. Vereinbarkeit mit dem Schuldprinzip	856
4. Vereinbarkeit mit dem Verhältnismäßigkeits- grundsatz	857
V. Notwendigkeit von Privatstrafen zur Ergänzung der Wiedergutmachung ideeller Schäden	860
1. Nicht-lukrative Delikte	860
a) Vorsätzliche Rechtsgutsverletzungen, insbesondere Vergewaltigung	860
b) Unzulässige Benachteiligung nach §§ 7 Abs. 1, 19 Abs. 1, 2 AGG	863
2. Lukrative Delikte	866

a) Verzögerte Schadensregulierung durch den Schädiger oder die Versicherung	866
b) Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	870
D. Zusammenfassung	874
§ 19 Zusammenfassung des vierten Teils	875
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	879
Literaturverzeichnis	891
Stichwortverzeichnis	965